

Mediascher

für sächsisch-deutsche Volkspolitik.

Erscheint Mittwoch und Sonnabend

Bezugspreise: Für Mediasch: bei Abholen des Blattes jährlich K 48.— (monatlich K 4.—). Bei Zustellung ins Haus und Postverbindung im Inland jährlich K 60.— (monatlich K 5.—). Postverbindung im Ausland jährlich K 72.— (monatlich K 6.—).
Eingelassener 70 Heller.

Verantwortlicher Schriftleiter: Erich Waldemar Wagner.
Druck und Verlag: G. R. Reichenberger, Mediasch.
Schriftleitung und Verwaltung: Mediasch, Marktplatz 28.
Jahrgang Nr. 33. Postpatenznummer Nr. 35580.

Angebotspreis: Eine Zeile der kleinsten Schrift über die ganze Breite des Blattes K 4.—; über drei Viertel-Breite K 3.—; über zwei Viertel-Breite K 2.—; über ein Viertel-Breite K 1.—. Bei Wiederholungen über 5 mal entsprechender Rabatt. Bei Zusendungen im redaktionellen Teil d. Blattes pro Zeile K 1.—.

Nr. 79.

Mittwoch, 12. November 1919.

27. Jahrgang.

Wählerversammlung des Mediasch-Baasner Senatorenwahlkreises.

Am Freitag den 7. d. M. um 11 Uhr vormittags hatte der Mediascher sächsische Kreis-ausschuß eine Wählerversammlung nach Mediasch einberufen, da der Senator des Mediasch-Baasner Wahlkreises Stadtparrer D. Dr. Adolf Schullerus den Wunsch geäußert hatte, mit seinen Wählern in Führung zu treten. Etwa 400 Personen, darunter auch eine große Anzahl Frauen, fanden sich im „Frankenthal“ ein. In Begleitung des Kreisaußschusses Director Jekeli und des Abgeordneten Dr. Wilhelm Winter betrat Senator Schullerus den Saal, mit Hoch- und Heilrufen begrüßt.

Um 11 Uhr eröffnete Kreisaußschußführer Jekeli die Wählerversammlung und begrüßte die Versammelten aufs herzlichste. In längerer, außerordentlich feiseltender Rede schilderte er die Eintracht des gestrigen Sachientages, der ein erhebender Beweis der Einheit des sächsischen Volkes, seines Lebenswillens und seines Glaubens an die Zukunft und des festen Vertrauens auf unsere sächsischen Volksführer gewesen sei. Er betont, daß dieses eine sächsische Wähler-versammlung sei, daß aber der sächsische Senator auch der Vertreter der Romanen dieses Kreises sei. Beide Nationen — Sachsen und Romanen — können und sollen brüderlich zusammengehen, wenn sie sich von dem Geste leiten lassen, der in den Karlsburger Verfassungen niedergelegt ist. „Auf dieser Grundlage können wir uns jederzeit finden.“ Redner erinnert an die Worte St. V. Noth: „Nähen auch immer zwei Nationen wie zwei Räume durch das Fließen ihrer Sprache getrennt sein, in der Höhe der Humanität lassen und umarmen sich die Freie und Aste und neigen gegen einander die Blüten und Düste wie Brautleute ihre Blumenblätter“ und betont, daß alle Bürger dieses Landes nur auf ein Ziel hinarbeiteten: die Kraft und Größe des Vaterlandes. — Vorsitzender begrüßt in warmen Worten D. Schullerus und würdigt dessen verdienstvolles Wirken im Dienste seines Volkes. Er teilt mit, daß D. Schullerus heute morgen 8 Uhr zum Senator ausgesprochen worden sei und ersucht den Herrn Senator, das Wort zu ergreifen. (Beifall.)

Rede des Senators D. Schullerus.

D. Schullerus, von Beifallsrufen begrüßt, führt in mehr als einstufiger Rede etwa folgendes aus:

Er habe einen doppelten Dank abzusprechen: Dank für das Vertrauen und die Ehre, die in seiner Wahl zum Senator zum Ausdruck komme und Dank für das so zahlreiche Erscheinen der Wähler. Er sei kein Politiker und wolle auch keiner werden. Als Dr. Karl Wolff, der verdienstvolle Führer unseres Volkes, im Oktober vorigen Jahres aus Altersrückblick den Vorsitz im sächsl. Zentralausschuß niedergelegt habe, sei Redner an die Spitze desselben getreten worden. Es kamen die Novembertage des Vorjahres und mit ihnen sei er hineingerufen worden in die

hochgehenden Wogen einer politisch hocherregten Zeit. Es wurde der deutsch-sächsische Nationalrat ins Leben gerufen, der die Aufgabe hatte, unser Volk in sühnlicher Zeit sicher zu führen und seinen Reizstand hinüberzureiten in die neue Zeit. Kaufleute, Fabrikanten, Arbeiter und Bauern stellten sich in den Dienst des Volkes. Wo alle dabei sind, kann der Fehler nicht fehlen. So habe auch Redner es als seine Pflicht angesehen, auf seinem Posten, auf dem er gestellt worden war, sein Bestes zu leisten. Seither ist ein Jahr vergangen und Redner sieht es als seine Pflicht an, über das letzte Jahr Rechenschaft abzulegen. Er muß zu Ende führen, was er begonnen. Die Verhandlungen mit dem Regierungsrat sind noch nicht ganz abgeschlossen, aber nun soll die Konstituante zusammengetreten, wodurch die Arbeit des letzten Jahres zu einem gewissen Abschluß komme. Wenn das einmal geschehen sei, dann trete er jederzeit gerne wieder aus dem öffentlichen Leben zurück.

Redner kommt zum Sachientag. „Wir wissen, daß wir sind und daß wir bleiben werden.“ Der Sachientag sollte betrachten, was der 8. Januar geschaffen. Der Sachientag habe das einstimmig getan. Der Mediascher Beschluß sei ein Ehrenbeschuß, ein Beweis der Mäßigkeit und Voraussicht. Redner zieht eine geistvolle Parallele zwischen dem Beschluß von Mediasch 1919 und dem Sachientag zu Mediasch 1872, dem ebenfalls die schwere Aufgabe gestellt war, unter Volk in vollkommen neue Verhältnisse hinüberzuführen. Und doch sei es 1872 unvergleichbar leichter gewesen als heute. Der Verismus und Feudalismus, der damals herrschte, forderte den Sachien ein Ubergewicht in Siebenbürgen. Redner weist an der Hand statistischer Daten jener Jahre nach, daß die Sachien damals in 22 Bezirken die erdrückende Mehrheit der Wähler gebildet haben. Heute nun, wo wir wieder im Bezirke sind, uns auf vollkommen neue Verhältnisse einzurichten und uns in einem neuen Vaterland einen Platz zu sichern, sind diese Stützen, die uns damals hielten, gefallen. Heute leben wir nicht mehr im Zeitalter des Feudalismus und Verismus, sondern in dem der Demokratie. Aber wir sollen den gefallen Stützen nicht nachtrauern, sondern neue Stützen suchen.

Wir sind mitten hineingebettet in den rumänischen Staat, aber wir haben das Bewußtsein, hier Kulturleistungen anzufügen zu können. Redner führt des weiteren aus, wie auch der rumänische Staat von jener Umklammerung bedroht sei, die in dem Slaventum liege. Den rumänischen Staat und mit ihm alles, was nicht slavisch ist, aus dieser Umklammerung zu befreien, dazu wollen auch wir mithelfen. Darin liegt ein Teil unserer Zukunftshoffnung. Was sollen wir nun tun? Das Programm der Deutschen in Griechenland drückt es aus. Wir wollen vor allem mit den übrigen Deutschen Griechenlands eine einheitliche politische Nation bilden, die aber nicht wie ein oft gebrauchtes und mißbrauchtes Schlagwort sagt, ein Staat im Staate sein soll. Aber darauf, was deutsch ist in unserem Vaterlande, wollen wir Einfluß nehmen, damit ein Hauch des deutschen Lebens

auch über unsere Grenzen hinausgehe. In dieser Hoffnung der politischen Nation liege unsere politische Zukunft. Wir haben nicht nur Hoffnung, wir haben Zuversicht, daß dieses Wirklich werde. Wir wollen uns als deutsches Volk erhalten, aber wir wollen auch Bürger sein. Bürger aber können wir nur sein, wenn wir ein Volk sind. (Beifall.) Die Aufgabe unserer Abgeordneten war bisher, Angriffe abzuwehren. Ich spreche die Hoffnung und Zuversicht aus, daß uns im neuen Staate nach beiden Seiten hin freie Hand gelassen wird, damit wir die Waffe der Verteidigung bei Seite legen und uns der aufbauenden Arbeit zuwenden können. Diese Hoffnung gründet sich auf die Karlsburger Beschlüsse. Wir bauen darauf, daß wir eine lebendige bürgerliche Frage zu lösen haben. Wir haben alle miteinander die Aufgabe, Verbindung in Verwaltung und Geschäft zu bringen. (Beifall.) Wir hoffen, daß wir nicht mehr über die Achsel angesehen werden. Wir sind nicht Fremde, sondern Bürger dieses Staates (Beifall). Wir wollen gemeinsam helfen, daß die Schatten, welche aufsteigen, gebannt werden.

Redner kennzeichnet die großen Aufgaben und Arbeiten, welche unserer Abgeordneten und Senatoren harren. Da sei zunächst die Bodenreform. Ein so grundlegendes, tief in die wirtschaftlichen Verhältnisse des ganzen Landes eingreifendes Gesetz gehöre vor den Reichstag. Dort müsse alles getan werden, was möglich sei, um Änderungen herbeizuführen. Auch die Wahlkreis-einteilung müsse, wenn sie endgültig festliege, anders geregelt werden. Die Forderungen unseres Volkspogramms müssen Staatsgrund-gesetze werden. Für unsere Kirche und Schule müsse der Staat Beihilfe schaffen im Verhältnis zu anderer Steuerleistung, damit wir nicht zuletzt Schulsteuer zahlen. Eine sichere Grundlage in Verwaltungs- und Reichsleben müsse angestrebt werden. Wir fordern Reinheit der Verwaltung, Reinheit des Gewissens (Beifall). Was wird aus unserer Kirche? Wie soll man Geist und Gemüt pflanzen, wenn kein Leben ist? Wir müßten Wege schaffen, damit Wandel in den jetzigen Verhältnissen geschaffen werde. Sonst sind wir alle, auch die Romanen, rettungslos verloren. Das sei unsere gemeinsame Aufgabe, die siebenbürgische Frage.

Wir Sachien könnten nur bestehen, wenn wir den Tritt der Selbsthaltung, den Willen zum Leben, den festen Zusammenhalt hätten. Wir müßten auf dem Gebiet der Volkswirtschaft und Industrie mit vermehrter Kraft arbeiten. Gerade hier in Mediasch, im Weinlande, wie abnten es, liege die neue Kraft. Aber wir müßten unser Volk auch rein erhalten. Uns hätten vor Anfechtung. Wir müßten Volksmehrung im weitesten Sinne anstreben. Schafft uns Lebensraum. Wir brauchen Günstigkeit, Geschlossenheit. Das sei unser Kapital, das werde uns die Kraft erhalten.

Und zum Schluß ein Wort des Trostes und der Zuversicht. Gewisse Blätter treiben eine gefährliche Politik. Das dürfte uns nicht irre machen. Auch die Kofel sei im Frühling trüb und schlammig und im Sommer fließen sie

Wasser klar und rein. So muß es auch bei uns werden. Seit jenen Ausnahmestunden, seit einmal der Rechtsboden geschaffen, dann sollte keiner kommen, der uns nehmen will, was unser ist, dann ist es uns, was alles unter war. St. R. Wolf habe gesagt: „Der Nationalrat ist geschlossen.“ Er ist aufgefunden in der politischen einheitlichen deutschen Nation Organismus.

Die Rede wurde mit brausem Beifall und langandauerndem Händeklatschen aufgenommen.

Stadtpfarrer Römer gibt den Befehl, die die ganze Wählerversammlung bewegt, Ausdrück und bracht, daß uns die Rede des Herrn Senators Klarheit und Aufmerksamkeit gegeben habe. In den Säulen des Zusammenbruchs haben unsere Führer Klarheit bewiesen. Reiter bringt ein Hoch auf D. Schullerus, der der erste dieser Führer gewesen sei. Die Versammlung stimmt begeistert ein.

Abgeordneter Ambrosi begrüßt in kurzen, herzlichen Worten Senator Schullerus im Namen des Sachsentag Wählers.

Senator D. Schullerus, dankt und berichtet, demnach auch zu jenen Sachsentag Wählern zu kommen.

Kreisassessor Hermann A. Jekeli überreicht mit kurzen, kernigen Worten D. Schullerus den Wahlbrief als Senator und bittet um, vor allem auch die Belange des Weinlandes zu vertreten.

Senator D. Schullerus antwortet, daß er den Wahlbrief mit Stolz und Freude übernehme. Das Weinland sei das Herz des Sachsentages. Hier ist der Pulsschlag am stärksten. Gott segne dieses Herz des Sachsentages. Wir wollen alles tun, damit es kräftig pocht. Gott segne unser Vaterland. (Hoch und Beifall: Beifall.)

Da sich niemand mehr zum Worte meldet, schließt der Vorsitzende gegen 1 Uhr die erhebende Versammlung.

Auszug aus der Verordnung Nr. 21 und 25 (verbesserte).

Ueber ausdrückliche Anforderung der kompetenten Behörde bringen wir an dieser Stelle den nachfolgenden Verordnungsausgang:

1. Als Vertreter werden betrachtet:

a) Diejenigen, welche ohne bloße Absicht, in öffentlichen Vokal, Wahlbüchern, Eisenbahnen, auf der Straße etc., wahr oder erscheinende Nachrichten oder Meinungen betreffs Kriegsderegulation, Situation und Dislokation der Truppen, militärische Verordnungen über Sachen betreffs der räumlichen Arme verweisen, folgerichtig oder beistimmen.

b) Diese Uebertretungen werden von den Militär-nachrichtendienst gerichtet und abgeurteilt, in der ersten und letzten Anstalt mit Reiter bis zu einem Jahr und einer Geldstrafe bis zu 2000 Pf.

Wenn eine der oben angeführten Uebertretungen zum Zwecke der Spionage oder des Verrates angeht worden sind, werden sie im Sinne der bestehenden Kriegsgesetze abgeurteilt.

Sachsentag in Schäßburg.

Der „Großherzog Peter“ bringt folgenden Bericht über den am 6. November 1. J. in Schäßburg abgehaltenen Sachsentag:

„Die Verhältnisse, welche, das schlechte Wetter und manch unruhige Hindernisse schienen keine gute Vorbereitung für den Sachsentag zu sein. Doch bald zeigte sich die wachsende Zahl der Besucher, die allen äußeren Hindernissen zum Trotz zu den wichtigen Beratungen des Nationalrates und Zentralausschusses gekommen waren, um den eigentlichen Sachsentag vorzubereiten.“

Eine überaus reiche Arbeit im politischen Leben erhielt den Sachsentag, als der Nationalrat, eine Erscheinung aus späterer Zeit innerer und äußerer Kämpfe, Neugierde ablegte und die eberste politische Führung an den Zentralausschuss abgab.

Eine letzte Hemmung und Geduldprobe wurde ihm auferlegt, bis er von der politischen und militärischen Seite die freie Beratung verlangte. Schließlich ging doch.

Im Zentralausschuss wurden Nachmittag des 6. November die Beratungen für den Sachsentag durchgeführt. Der für Donnerstag Vormittag angesetzt war.

In dunklen Räumen strömte die Ausgesandte des sächsischen Volkes durch die Gassen und über den Markt der mächtigen Feststadt dem Stadthaus zu, wo im großen Saale vormittags 9 Uhr die Beratungen des Sachsentages begannen. Männer und Frauen. Alte und Junge, Sachsen aus Stadt und Land strömten drängend durch das launengeschmückte Treppenhäuser in den großen Saal, in dem in geschlichteter Stube der Grundstein zu dem neuen Volkshause der Sachsen gelegt werden soll. Einzeln kamen sie, in kleinen Gruppen und in geschlossenen Reihen, gekleidet und mit schweren Schritten, frohe Erwartung und starken Ernst in den Blicken und Mienen. Hände wurden geschüttelt, Anekdoten freudig erzählt und längst vergessene wieder erkannt, — alle Mühen hörten man sprechen.

Der große Saal ist festlich beleuchtet und geschmückt, um die Wüstungen und quer durch den Sternraum ziehen sich launengeschmückte Bänke und über der Bühne wehen zu beiden Seiten der bekränzten Bilder Ihrer Majestäten die sächsische und rumänische Fahne.

Bald nach 9 Uhr beginnt sich der Saal rasch zu füllen. Beim Eingang muß jeder sich ausweichen, daß er Stelle ist. Der Anwalt des deutsch-sächsischen Nationalrates nimmt auf der Bühne die Begrüßungswörter entgegen. Bald sind die langen Reihen, die Wüstungen und neuereichen Emporen von schwarzen, festlichen Männen dicht besetzt, vorne die stimmberechtigten Vertreter, dann zahlreiche Frauen, die mit beratender Stimme einhandeln sind, und dann die vielen sonstigen Besucher. Auf der Bühne haben die Mitglieder des Nationalrates Platz genommen, in einzelnen Gruppen sieht man die sächsischen Führer und bekanntesten Persönlichkeiten des sächsischen öffentlichen Lebens in lebhaftem Gespräch.

Die Beratungen können nicht eröffnet werden, weil über die Zentralität des Sachsentages mit der Militärbehörde Verhandlungen notwendig geworden sind. Ganze 2 Stunden lang ziehen sich diese Verhandlungen hin, und erst

um 11 Uhr nimmt der Obmann des Nationalrates, Stadtpfarrer Dr. R. Adolf Schullerus den Vorsitz ein, erklärt eröffnend, daß die Beratungen des Sachsentages auf Grund einer Ermächtigung des Regierungsrates nach jeder Richtung hin zentralisiert seien. Er verleihe die zu beobachtenden wichtigsten Bestimmungen der Zentralbehörde und nimmt dann stehend das Wort zu folgender Rede:

„Vollender Sachsentag! Gestaltet mir, daß ich Euch liebe Brüder und Schwestern aus allen Ecken des Sachsentages, im Namen des deutsch-sächsischen Nationalrates für Siebenbürgen herzlich willkommen heiße. Groß ist der Dank, daß Ihr gekommen seid, gekommen in einer Zeit, wo nicht nur große Schwierigkeiten des Verkehrs, sondern auch des Fühlens und Denkens bestehen. Daß Ihr gekommen seid, bewußt: Ihr habt den Ruf des Lebens. Ihr wollt, daß wir als sächsisches Volk weiter bestehen.“

Es ist der 4. Sachsentag, den wir, getragen von den Wünschen und Segnungen des sächsischen Volkes, heute abhalten. Aus der Geschichte müssen wir die Aufgaben der Gegenwart erkennen lernen, darum wollen wir auch heute in sie zurückblicken.

Der erste Sachsentag wurde im Jahre 1872 in Mediasch abgehalten. Seine Aufgabe war, die Einigkeit im zerfallenen Sachsenlande wieder herzustellen. Vorausgegangen war die tiefe Erschütterung der Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn. Ungarn war ein selbständiges Königreich geworden, in das unser Leben eingeschlossen werden sollte. Da ging der Ruf durch das Volk, was zu geschehen habe, daß das sächs. Volk als solches erhalten bleibe. Es war ein Ruf durch Stadt und Land und Familie. Die Ungarischen und Altkatholischen führten in den neuen Reichstagswahlen den letzten Kampf darum, ob der ungarische Reichstag seine Versprechungen halten

werde. In Mediasch löste der erste Sachsentag seine heilige Aufgabe, indem er die gemeinsame Formel fand: Wir treten in den neuen Staat als Gesamtheit, als sächsische Nation ein, und unsere Abgeordneten sollen diese Einheit im Reichstage vertreten. Als am Abend nach den entscheidenden Beratungen die Vertreter zusammenkamen, richteten sich die Blicke auf Franz Gebel, der diese Einheit geschaffen. Aus der Tiefe seiner Seele sprach da Gebel und gebrauchte das Bild: Wie in der griechischen Sage der Wüterich den Stein den Berg hinaufrollte, die aber auf der anderen Seite wieder herabrollt, — so möchte er wünschen, daß die Schicksalsarbeit geleistet worden sei, daß der Stein oben und die schwer erzwungene Einigung bewahrt bleiben möge — die Einigkeit ist nicht erhalten geblieben. Der Sachsentag wurde getrennt. Es folgte eine Regierung Verblen, Banffy, der Hölzling mit Nummern kam, das Gewerbe verordnete, in Schäßburg verurteilten die klappenden Weibschädel. Der Bauer wurde arm.

In diesem Elend wurden verschiedene Wege eingeschlagen, um wieder hinaufzukommen. Die einen sagten, man müsse bei der Regierung die Kraft dazu suchen, die andern, man müsse aushalten. Da rief wieder ein überaus großer Mann, Dr. Karl Wolff, am 2. Sachsentag im Jahre 1890 in Hermannstadt zur Einigkeit. Die Hauptidee sei, daß wir uns als Volk stark erhalten. Aus dem Reichstagsprogramm wurde ein Volksprogramm, und Wolff sang an, neues Leben zu schaffen. Er gründete in Hermannstadt Industrieanlagen, umspannte das Sachsenland mit seiner Organisation der Rassevereinigung und das alles zur Erziehung des Volkes. Eines war ungelöst geblieben: Die neuen Regierungen, J. V. Szapary, hatten wohl ein Verständnis für das Recht unseres Lebens, aber es kam das System Banffy zur Verhöhnung, mit ihm der Gedanke, daß im Staate nur eine Nation möglich sei, alle andern Völker müssen mit dieser verschmelzen nach Blut und Sprache.

So ging diese Welle über den 3. Sachsentag vom Jahre 1896 in Hermannstadt. Nicht das sächsische Volk war dazu eingeladen worden, sondern nur die Reichstagswähler, die auf dem Boden des 90er Volksprogramms standen. Fast 1/3 unseres Volkes, das Gebiet zwischen den Koken, war damals von uns ausgeschlossen. Damals sagte Dr. Karl Wolff: „Wir gehen hinaus aus diesem Saale, aber wir nehmen das mit uns geborene Recht mit, uns als Volk zu veranlassen!“

Heute ist dieser Tag da! Daß der Sachsentag 22 Jahre nicht zusammenberufen worden ist, ist ein Protest gegen den Staatsgedanken des alten Ungarn. Erst als dieser Staat zusammenbrach, ist es möglich geworden, die Sachsen zusammenzubringen. Ich begrüße Sie alle, liebe Brüder und Schwestern, in dieser ersten sächsischen Versammlung unseres Volkes in dem neuen Staat. Es gibt vielleicht heute kein Dorf, in dem die Eltern ihren Kindern nicht noch erzählen werden, was heute hier beraten und beschlossen worden ist.

Was wird es sein, das wir als unser Schicksal in unsere Heimat nehmen? Gebrauch machend von dem Rechte der Selbstbestimmung schaffen wir uns nun unsere eigene Zukunft selbst, indem wir als geschichtliche Tatsache es hinnehmen, daß wir eingebettet sind in die Masse der rumänischen Brüder, dieselbe Luft und denselben Boden, denselben Himmel, dieselbe Arbeit und dasselbe Recht mit ihnen teilen. Unsere eigene Kraft soll uns zusammen mit ihnen erhalten, es wird eine heilige Aufgabe unseres deutschen Willens, Geistes und Charakteres sein, um aus diesem Staate einen Staat des Rechtes und der Gerechtigkeit zu machen.

Nicht mit den alten Nachmittagen treten wir in den neuen Staat ein. In der ungarischen Vergangenheit waren 22 Abgeordnete von 14600 Wählern zu wählen, von diesen waren 10800 Deutsche, 3000 Rumänen und 800 Magyaren. 73 v. H. die Zahl der deutschen Wähler. Heute ist die Lage nicht mehr so, da das allgemeine Wahlrecht Herr geworden. Trotzdem werden wir den Kampf mit der Zukunft aufnehmen, im Bewußtsein dessen, daß wir eine geschlossene völkische Gesamtheit sind, daß wir auch die Frauen zu Hilfe gerufen haben zum Rat und in Kürze auch zur Tat. Mit unsern Brüdern aus dem Banat, der Bukowina, Bos-

arabien und dem Reiche drüben nehmen wir in die Zukunft unser Deutschland, das Erbe des deutschen Volkes, von dem wir wissen und fühlen, daß es nie zugrunde gehen wird, — wir wollen dieses Deutschland als Goldschiff aus den Trümmern leben, durch die die Welt einst glücklich und reich werden wird.

Erlöbliche Volksernennung! Unsere Arbeit und Beratung wird sich zwischen zwei Polen bewegen. Diese Pole sind unser deutsches Volkstum und unsere Stellung zum rumänischen Staat. Wir können nicht leben, wenn wir nicht als deutsches Volk hier leben können und es wird das Tieftale sein, daß wir unsere Arbeit diesem Staate zur Verfügung stellen. Die Zeit ist vorüber, wo jemand es wagen wollte, uns zum Kulturbücker zu machen. Wir wollen sein, wie wir sind, oder überhaupt nicht sein! In Karlsruhe ist das Verhältnis ausgesprochen worden, daß jedes Volk in diesem Staate sich frei entwickeln kann. Auf diese Fügung bin treten wir in die neue Zeit. Darum ist unsere erste Aufgabe, die Aufgabe dieses Sachientages, die äußeren Mittel, die Werkzeuge dafür zu schaffen, daß wir hier ein neues Leben aufbauen können. Ein weiterer Sachientag wird jene Aufmerksamkeit auf das innere Gebiet zu richten haben.

So, liebe Brüder und Schwestern, seid gegrüßt zum 4. Sachientage. Nehmt in die Hand die Berücksichtigung hinaus, daß wir unser Volkstum sichern wollen. Wir sind nicht gekommen, um zu klagen, sondern um darzutun: Wir leben und wollen leben!

Mit diesen Wünschen erkläre ich den 4. Sachientag für eröffnet!

Den lebendigen, starken und von starker innerer Kraft getragenen Worten des Vorsitzenden folgt langanhaltender Beifall der Versammlung, der sich schon während der Rede an vielen Stellen gemehrt hatte.

Der Vorsitzende erteilt das Wort Herrn Gymnasialdirektor Dr. Johann Wolff (Schäßburg).

Höher Sachientag!

Ich bitte die arge Verpöschung nicht ins zur Tat legen zu wollen, sie liegt, wie bekannt, bei höchsten Gewalt. Ich habe, damit wir frei verhandeln können, die Erklärung abgegeben, daß diese unsere Tagung eine „intime“ Beratung der Vertreter unseres Volkes sei, ich habe dies umso leichter tun können, als wir ja, mögen wir aus welchen Gauen immer kommen, eine Familie bilden. Wenn ich, liebe Schwestern und liebe Brüder, diese Versammlung überblicke, erbebt und erzittert die Seele, denn vor ihr liegen gerade heute und gerade in dieser Gemeinschaft Bilder wegmühtig erscheinender Art auf. Ich sehe da eine lange Reihe von Jünglingen und Männern, die in diesen jähren mit Wehr und Waffe hinausjagen, um die heilige Heimat und unser edelrotes Volkstum zu schützen, Jünglinge und Männer, die nicht mehr heimgeführt, die ins Heiligtum geküßt sind. In dieser großen Stunde laßt uns, liebe Schwestern und Brüder, zuerst unsere Taten gedenken, denn wer von uns ist es, der nicht bittere Tränen einem Felden nachgeweiht hätte. In dieser Stunde sei das erste Wort ihrer geheiligten Erinnerung und ihrem unvergesslichen Gedächtnis geweiht. Ich sehe Männer und Jünglinge, die vom Felde der Ehre heimgeführt sind oder noch immer draußen auf Wache und Posten stehen, denen wir unseren heiligen Dank sagen wollen dafür, daß sie das Wort von der jählichen Treue und Zuverlässigkeit und höchsten Mute im alten und neuen Staate wahr gemacht und noch immer wahr machen. Jünglinge und Männer insgesamt, bei deren Mute uns aber die weite Sorge beschlich: wird-euer Volk die Wutopfer, die es bringen muß, überdauern können?

Und noch ein Bild. Ein anderer langer Zug, ein Zug von Flüchtlingen, die da meinten, den Vaterboden verlieren zu sollen, die da wußten, daß nun die letzte Stunde für den Bestand ihres Volkes geschlagen habe; die aber gerade in der Fremde so recht ihre Heimat fanden, es hierhergeführt wurden, wie sie mit diesem Boden, der die Gräber ihrer Toten, der die Städte und Dörfer ihrer Väter, die mit ihrem Schweiß und ihrem Blute erbaut und beschützt, trug, verwaunden sind —, wer von uns hat nicht diesen schmerzlichen Seelenkampf bis zum Ende durchgelämpft?

Und endlich — es ist schon gestern Abend

aus einfachem, schlichtem Munde, aber erregt von dessen Gedacht worden —, die furchtbaren Erschütterungen, die gerade vor Jahresfrist in diesen Tagen begannen, und von denen zu fürchten stand, daß ihre Wirbel alle Dämme, die unser Volkstum schützten, durchbrechen und den tödlichen Schlag gegen seinen Bestand führen würden.

Das sind, liebe Schwestern und liebe Brüder, Erinnerungen und Erlebnisse, denen der Tod als sicherer Begleiter zu folgen schien — und doch: wir sind aus der Verbanung heimgeführt, wir stehen noch fest auf dem Heimatboden, wir haben das letzte Jahr die Erbitten überstanden, unser Volkstum hat wohl manchen Mühsal erlitten, aber es steht in seinen Grundmauern unverwundbar, und in unsern Herzen lebt der zuverlässige Glaube, daß wir auch die gefährlichen Wutopfer überwinden werden und daß unser Volk gerade nach solchen Schicksalsschlägen bestehen wird, nach Jahrhunderte lang.

Höher Sachientag! Diese Stunde hat uns zusammengeführt, um vereint Hand ans Werk zu legen, um zu bessern und Neues aufzuzeigen. Und so begrüße ich denn im Namen und Auftrag des Schäßburger Orts- und Bezirksvolksrates die Männer, die durch das Vertrauen der erweiterten politischen Volksgemeinde, die nun alle Männer umfaßt, die das dritte Lebensjahrzehnt betreten haben, hierher entsandt worden sind, um den Gedächtnis der Zeitgedanken, der echten Demokratie und des Selbstbestimmungsrechtes auf unsere Weise umzumünzen zu brauchbarer vollstetiger Wehr und Waffe. Demokratie und Selbstbestimmungsrecht sind uns nicht fremd, sie sind uns vertraut seit Jahrhunderten, sie waren der Väter Lebenslust, sie gaben und mehren ihre Kräfte, sie werden uns auch heutzutage mit nichten zuhause werden lassen, sie haben die Zahl unserer politischen Streiter vermehrt — und da sollten wir nicht auch schwerere politische Arbeit leisten können?

Ich begrüße die Frauen, die zum erstenmale von der Gemeinde zur Beratung politischer Aufgaben herangezogen worden sind. Sie haben schon bis jetzt nicht nur als Mütter durch die Tat erwiesen, wie sie das Volkswohl auf dem Herzen tragen. Vor erstem, tiefer gehenden Parteikämpfen in unserer eignen Mitte wird uns ein glänzendes Beispiel bewahren, wenn wir leben wollen — und wir wollen leben. Und weil solche Kämpfe nicht zu befürchten sind, entfällt das schwerste Bedenken gegen die Politisierung der Frau. Aber dieses Bedenken, die arge Reflexion, die Not, wird uns spüren, mit verdoppelter Kraft soziale Arbeit zu leisten: zu verschönern und auszugleichen, was durch Verunst und Besitz getrennt wird, zu sorgen für die Armen und Bedrängten unseres Volkes, zu sorgen für seine Kinder, die Eltern- und obdachlos geworden, zu sorgen im Geiste jenes, der die Mühseligen und Beladenen zu sich rief — und wer wäre dazu berufen und neben dem Mann in dem neuen Volksbau zu treten als die Frau: — kann ein Haus bestehen ohne Mutterliebe, ohne Frauenorg?

Liebe Schwestern und liebe Brüder, sie haben uns veranlaßt, wir wollen es nun offen bekennen, um die Märsche unseres Stammes nur noch tiefer in diesen Boden zu verankern, denn wir sind keine Fremden, wir haben uns ihn zu unserem Eigentum verpflichtet, wir halten ihn fest mit festem Griff, denn wir sind Erdbegabene, Bodenständige. Wir haben uns veranlaßt, um unsere eigene Eigenart noch zielbewußter zu hegen und entwickeln aus dem jecken- und gestumpften denkbaren Abhängen: uns veranlaßt, um im Vereine mit den andern Deutschen Großrumänens zu wirken und zu schaffen zu eigenem wirtschaftlichem und kulturellem Wohlergehen, weil wir wissen, daß je stärker und tüchtiger wir sind, wie mehr besser und nachhaltiger dem Vaterlande dienen und für sein Wohlergehen wirken können.

Wozu darum reicher Segen unserer Arbeit bescheiden sein zum Heile unseres Volkes und seiner Zukunft!

D. Dr. Schullerus dankt dem Redner für seinen Gruß, indem er ausführt, daß gerade Schäßburg mit dem richtigen Geist und dem entschlossenen Willen geeignet gewesen sei, den Mut der Volksorgane zu stärken. Er beantragt den Dank für die Begrüßung und freundliche Aufnahme auch im Beifall auszusprechen.

Im Namen der Frauen spricht Adele Jay

dem Sachientag den Dank aus, daß er auch die Frauen berufen habe. Im schweren Kampf des Volkes seien sie gerne bereit, Flüchten zu übernehmen und in treuer Arbeit für Kirche und Volkstum mitzuhelfen. (Beifall).

Dr. Polonyi verliest das Telegramm an die deutschen Brüder Großrumänens. Es lautet:

„Der in Schäßburg am 6. November 1919 abgehaltene Volksrat der Siebenbürgischen Sachien spricht in einmütigem Beschluß aus, daß die Siebenbürgischen Sachien mit den Deutschen Rumänens, des Banates, Bessarabiens und der Bukowina sowie aller anderer Gebiete Großrumänens vereint, als deutsches Volk, als die einheitliche deutsche Nation Großrumänens das politische Leben des rumänischen Staates eintreten und erwartet zuversichtlich, daß die Geschlossenheit für alle Zukunft bewahrt bleibe.“

Er entbietet in diesem Sinne den deutschen Brüdern die herzlichsten Grüße von Frau zu Frau.“

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird eine **Huldigungsschreiben** an Sr. Majestät den König verlesen. Es lautet:

„Der Volksrat der Siebenbürgischen Sachien, veranlaßt, um das feierliche Verhältnis zum rumänischen Staat zu wiederholen und zu befestigen, unterbreitet Ew. Majestät den Ausdrück homagiale Huldigung und gelobt den vollen Einhalt aller in unser Volkstum gelegter Kräfte zum Aufblühen unseres Vaterlandes. Gott segne Ew. Majestät und Ew. Majestät erlauchtes Haus.“

Die Tagesordnung enthält die Verhandlung des Volksprogrammes.

Als Berichterstatter des Zentralkomitees macht Dr. Hans D. Roth die Veranlassung mit den Grundzügen des Volksprogrammes vertraut. Seine politischen Ausführungen gehen von den Karlsburger Beschlüssen aus, die uns das Recht der Nation zugestehen. Die Angriffe und Einwendungen hingegen weist er schlagend zurück. In Karlsruhe sind keine Privilegien geschaffen, wie der Gegner meinte, sondern nur Menschenrechte anerkannt worden. Darum sehen wir als Mindestforderung an, unser Volksprogramm muß auf ihnen aufbauen. Es muß uns eine Kampforientierung schaffen, das Volk bis zum Einhalten politisch erziehen und eine einheitliche Stellungnahme in allen Fragen bringen. Es umfaßt auch das Wahlprogramm der Deutschen Großrumänens, damit gewinnen wir mehr Lebensraum und Kraft durch den Zusammenschluß des ganzen Volkes. Auch die Sozialdemokraten können sich mit uns auf dieser Grundlage vereinigen. Alle Kräfte müssen zusammengeführt werden im schweren Kampf um die Zukunft. Unus est populus. Wahr bleibt das Wort vom früheren Sachientag: „Arbeit und Einigkeit ist mehr als Pergament.“ (Beifall).

Als erler spricht bei der allgemeinen Debatte Rudolf Brandts.

Unser Programm ist auf der Wirklichkeit, auf den Tatsachen aufgebaut und stellt ein Verbleiben dar, das die Beschlüsse von Mediasch neu bekräftigt. Es wird gut sein, kurz auf die Beschlüsse von Mediasch zu sprechen zu kommen. Es ist gesagt worden, daß wir zu diesem Schritt gezwungen worden seien, dagegen muß hervorgehoben werden, daß es kein Verbleiben war, der nur aus der Not der Stunde geboren wurde, der nur die Konjunktur ausnützen wollte, um Vorteile für unser Volk zu erwirken, sondern es war eine zielbewußte Tat! Auch den Geschritten des Westreiches erkennen wir an, daß sich ein Volk zu einem neuen Staat zusammenschließt. Wir haben selbst nicht die Macht und Kraft staatsbildend aufzutreten, das müssen wir anerkennen, deshalb müssen wir uns an das staatsbildende Volk anschließen. Es ist klar, daß der Beschluß, der uns in ganz neue Verhältnisse gebracht hat, nicht gleich in der ersten Stunde von allen verstanden werden konnte, aber heute glaube ich auszusprechen zu können und bin überzeugt, daß es keinen unter uns geben kann, der es nicht begreift, daß es ein guter und folgerichtiger Schritt war, der den Ausbau unserer Zukunft sicherstellen kann. Ich kann mich nicht auf Einzelheiten einlassen, das eine kann ich aber doch sagen, dieser Beschluß wäre ein Verbleiben, ohne die Voraussetzungen, die durch die Karlsburger Beschlüsse geschaffen wurden. Was sind Beschlüsse dann auch tragen. Unter Umständen nichts, unter Umständen sehr viel. Sie sind vor allem Ge-

fürungen, die vor der Öffentlichkeit, vor der Welt abgegeben wurden. Sie haben deshalb eine Bedeutung und stellen eine Reichtumsquelle dar, auf deren Grundlage wir verlangen können, daß sie auch durchgeführt werden. Gedanken sind Macht. Das Bewußtsein, daß wir auf dem Rechtsweg stehen, gibt unserer Befähigung Kraft und Macht. Wir wollen ein neues Staat in Staat bilden, das Programm gibt dafür auch keine Anhaltspunkte. Dafür fehlt uns aber auch jeder Zusammenhang und jede Kraft, wir leben vernichtet mit den anderen und unsere Zahl ist zu gering. Wir sind nur eine Minderheit, die ihre Rechte zur Geltung bringen will.

Unser Programm ist aber auch zugleich ein Bekanntnis zur Einheit des Deutschstums in Ostpreußen. Aber es ist damit nicht genug, daß diese „Einheit“ ins Volkstagsprogramm aufgenommen wird, sondern wir müssen sie durch die Tat durch die Arbeit zu wirklichem Leben erwecken. Durch dieses Bekanntnis laden wir vielleicht viele schwerere Situationen auf uns, auf vieles werden wir verzichtet müssen. Aber durch dieses Bekanntnis wächst unsere Zahl und damit unser politisches Gewicht. Unsere Macht wird davon abhängen ob es uns gelingt aus 200.000 800.000 zu werden, die einzig geschlossen hinter ihrer Vertretung stehen.

Unser Programm ist aber auch ein Bekanntnis zur wirklichen Demokratie. Wie in der Geschichte ist mit einem Schlagwort sofort Unfug getrieben worden, als gerade mit diesem. Es ist damit für den Kommunismus-Terrorismus gekämpft worden. Die wahre Demokratie will die Gesamtheit des Volkes zur Geltung bringen, deshalb kommt sie für uns in erster Linie in Betracht. Jeder Volksgenosse, der auf nationaler Grundlage steht, will das Programm heranziehen. Nichts kann uns aber abbringen zu prüfen, bist Du national. Alle die mitarbeiten wollen, können auf dieser Grundlage gleichberechtigte Mitarbeiter sein.

Es wird heute so oft gesagt: Wer nicht arbeitet, soll auch nichts zu essen haben, den können wir kinsorgen, wer nicht für sein Volkstum arbeitet, hat auch kein Recht in die Reihe der Volksgenossen aufgenommen zu werden.

Solange ein Programm ein Stück Papier ist, hat es keinen Wert, erst wenn es der Geist durchdringt, wenn es zur Tat wird, wird es auch ein Machtwort. Wenn jeder Einzelne für das ganze Volk arbeitet, dann wird es uns und unseren Volksgenossen im neuen Staat wohlgehen, dann ist unsere Zukunft gesichert.

Aus der Ausdeutung beteiligen sich Professor R. Roth, Dr. Josef Bacon, Ludwig Kropf (Zustandsmann) und Euz Korodi.

Bei der Spezialdebatte wird der Antrag der Frauen, im Kreisentscheid und auf dem Sachsentag stimmberechtigt zu sein (vertreten durch Frä. Dr. Rommelt, Joh. Helene Wacker, Edith) abgelehnt und ihnen nur beratende Stimme zuerkannt.

Ferner beantragt Prof. Dr. R. Porsche, der Volkstag möge Mittel und Wege finden, daß die vom Staat versprochene, aber hinausgeschobene Geldhilfe für soziale Fürsorge in der Höhe von 1/2 Millionen Millionen Kronen ehestens gewährt werde, da sie zur Durchführung der von Arbeiter verhängten sozialen Reformen dringend nötig ist.

Antrag Dr. Heinrich Siegmund: Der Volkstag errichtet eine Danzpflicht zur Wache über alle inneren Lebenskräfte des Volkes und zur Anregung und Durchführung aller Arbeiten der Volkserziehung.

Nachdem über die Mittagspause hinüber kurz und bündig die Debatte geführt wird, erklärt der Vorsitzende das angedeutete Volkstagsprogramm als bindendes Gesetz für das künftige Volk.

Die wirtschaftliche Lage Eisenbürgers schildert Algotzsch. Konstant und bringt folgende Resolution vor: Der Volkstag der Sachsen steht in der bisherigen Behandlung der Geldfrage durch die Staatsleitung eine ungerechte wirtschaftliche Gefahr, die einen großen Teil der Bürger verarmen läßt und damit auch zugleich auf den Staat selbst schwer lastet.

Es bleibt ja nicht bei der gewaltigen Vermögensabgabe allein, die die Besitzer von Papiergeld und Kassenanleihe zu erleiden haben. Jedem ist so ungeheures Sinken der Kaufkraft

unserer Krone herbeigeführt und ein Teil der eripierten Mittel durch Inflationserhöhung freier Staatsverschuldung verbraucht, nimmt man dem ganzen Erwerbsstand zugleich die Möglichkeit notwendige Betriebsverhältnisse für Wirtschaften und Unternehmungen zu beschaffen. Damit ist ein Sinken in der Gütererzeugung dieses Landes für Jahrzehnte und eine künstliche Vertiefung aller Lebensverhältnisse verursacht worden.

Darum beantragte der Volkstag der Sachsen unsere politische Führung, mit allen Mitteln und angestrengter Bemühung bei der Staatsleitung dahin zu wirken, daß

1. die Krone im Verhältnis von 1 : 1 durch Lei eingetauscht werde,

2. die Kriegsanleihe seiner Bürger vom Staat in vollem Werte anerkannt wird.

3. Uhr-nachmittags schloß der Vorsitzende die beschlossene Sitzung, indem er nochmals den Dank der gastfreundlichen Stadt aussprach und auch der Versammlung für die Geduld dankte. Eines mögen alle mitnehmen: die Zuversicht, daß wir durchführen, was heute beschlossen wurde. Nicht Fremde sind wir, sondern Bürger, die hier wohnen. Alberts Spruch gilt auch heute: Wir sind der Deutsche nicht. Er sagt: Dank den Führern, die den Mut hatten, den Weg der Zukunft zu finden und zu betreten. Das Volk habe durch seine Zustimmung sein Vertrauen ausgesprochen. Dies Vertrauen wird den Führern die Kraft geben durchzuführen, was beschlossen ist. Nun gilt die Tat hinauszufragen. Was dem Wunsch reitet wir in die Arbeit: Gott segne das Volk und lasse es gedeihen auch in der neuen Zeit.

Damit erklärt er den 4. Sachsentag für geschlossen.

Pensionistenelend in unserer Landeskirche.

Der Weltkrieg und die durch diesen herbeigeführte Leertung, wie auch die völlig unzureichende Fürsorge unserer Landeskirche für die ältere Generation ihrer armen Ruhegehaltsempfänger, die nicht wissen, wie sie von einem Tage bis zum anderen die notwendigen Nahrungsmittel und Brennholz beschaffen sollen, heißen und flagen unausgesetzt über den unglücklichen Druß, mit dem graufige Not der rauhen Gegenwart sie befallen, insbesondere die jenseitigen Pensionisten, die am schwersten daran sind. Es sind darunter Erstgenossen zum Erbarmen. Denn was hängt einer in unsern Tagen an mit einer Monatspension von 25, 80, 120, selbst mit 200 und 250 Kronen? Man vergegenwärtige sich das doch einmal, wenn auch keine Erparnisse, kein einziges Privatvermögen da ist? Man prüfe doch unparteiisch die Lage dieser Menschen, die hierbei in Betracht kommen, und vielleicht kommt mangehenden Orts der läßliche Einischluß zustande bei auch ausgiebig, vor allem genügend, zu helfen, was bisher noch nicht verdrückt wurde, auch mit der Kriegszulage vom Jahre 1917 nicht. Manchen unserer armen Pensionisten hörten wir jaumen: „Dann haben wir in jungen Jahren unsere Zeit und Kraft der Landeskirche zur Verfügung gestellt und sind in ihre Dienste getreten, wo man sehr streng auf die genaue Erfüllung der Pflichten drang und uns keine Zeit ließ, anderweitig für uns zu sorgen? Wären wir doch lieber christliche Handwerker oder Bauern geworden; als solche hätten wir nun unser reichliches Auskommen jetzt gefunden wir immer mehr zur Einsicht, daß Sozialismus wohl nicht zu allen Zeiten und in allen Lebenslagen gut ist. Es ist rein zum Vergewissen! Uns wird nicht geholfen, so bedürftig wir dessen sind.“

Glücklich sind diejenigen, welche jetzt in den Ruhestand übergehen; denn diesen wird ihre Pension nach dem letzten hochberechneten Gehalt berechnet, der bei einem Volschullehrer in Ostpreußen 13.000 bis 17.000, in Kronstadt sogar mit den fünfjährigulogen 20.000 Kronen beträgt. Davon läßt sich leben, kann man auch Kinder erziehen, dieses selbst in der Teuerung.

Aber bei uns Alten wird — Gott sei es gefällig! — wieder alles beim — Alten bleiben. Allen damit können wir uns nicht zufrieden

geben, sondern müssen entschieden fordern, daß der Grundlag: Gleiches Recht für Alle! auch mit Bezug auf unsere alten Pensionisten zur vollen Geltung gelange. Und dahin ändern man doch im Jahre 1916 geschlossene Pensionierungsgesetz unserer Landeskirche ab. Und wenn die dazu erforderlichen Mittel augenblicklich nicht zur Hand sind, so beschaffe man sie, wie der Staat es macht, der den Staatsbürgern so lange und so viele Steuern auferlegt, bis er zu dem angestrebten Zweck genug hat. So hat Großherzogin neuerdings seinen Staats-, Komitats- und Gemeinde-Beamten in Pension eine 100prozentige Aufbesserung ihres Ruhegehaltes zugesagt und zählt ihnen diese bereits aus. Wie evangelischliche Pensionisten erheben an unsere Landeskirche denselben Anspruch, tun es in der Überzeugung, daß dieser Anspruch gar nicht übertrieben ist, müssen wir doch alle Lebensmittel, Kleider, Wohnung und Brennholz mit 10- und 20-fachem Preise bezahlen. Darum sollten sich unsere kirchlichen Ruhegehaltsempfänger wie ein Mann erheben und vor die Landeskirche mit der entsprechenden Bitte treten: Aufbesserung der Pensionen bis zu jener Höhe, daß wir ein menschenwürdiges Dasein führen können, wie es nun den Älteren in Kirche und Schule gegenwärtig geboten wird! Zeitbedeuten würden wir denjenigen danken und sie segnen, die uns dazu veranlassen!

A. H.

Aur Typhusseuche.

Dr. F. Siegmund.

Im Laufe des Monatses Oktober bis heute sind in unserer Stadt 30 Fälle von Typhus aufgetreten. Insbesondere sind die Breitenstraße, Dinsbasse, Meißgasse und der Schick betroffen. Vereinzelt Fälle wurden in der Ditzengasse, H. Wühlgasse, Quergasse, Förschlagasse, im Kirchhofswinkel usw. beobachtet. Die meisten Fälle wurden anfänglich in das Krankenhaus überbracht und so auch abgehandelt.

Die weitere Ausbreitung der Seuche kann mit Erfolg nur mit Hilfe der Bevölkerung verhindert werden. Es ist daher nötig, die wichtigsten Erfahrungen über die Wege des Weiterstretens der Seuche in Erinnerung zu bringen.

Die Krankheit wird durch feinste Stäbchen, verursacht, die durch den Mund in den Darm und von hier in den Blutkreislauf gelangen. Von der Ansteckung bis zum Ausbruch der Krankheit verstreichen zumeist 8–10 Tage, selten 2 bis 3 Wochen. Die Stäbchen bleiben in Wasser und Milch länger Zeit lebensfähig. Gegen Austrocknung sind sie sehr widerstandsfähig, jedoch sind sie auch durch Personen und Gegenstände, Obst, Nahrungsmittel usw., verschleppt werden können. Eine von 65° tötet sie schnell ab, ebenso das Licht, besonders das unmittelbare Sonnenlicht. Daher der Nutzen heller, sonniger Wohnungen.

Die Ansteckung kann auf verschiedenen Wegen erfolgen. Zunächst von Mensch zu Mensch, wobei die Ansteckung von nur leicht Erkrankten ausgeht oder durch sogenannte Keimträger, bezw. Dauerausscheider vermittelt wird. Der Unterschied zwischen diesen besteht darin, daß der Keimträger selbst niemals typhuskrank war, obgleich er ebenso wie der Dauerausscheider Typhusstäbchen im Körper, besonders auch in der Gallenblase, behält und sie nun unter Umständen Monate, ja sogar Jahre und Jahrzehnte hindurch absondert. Beide sind demnach wandernde Ansteckungsheerde, die, wenn es Frauen sind, gar leicht beim Verkauf von Obst, von Milch und anderen Nahrungsmitteln oder durch ihre Tätigkeit in der Küche Gelegenheit zum Ausstreuen der Keime schaffen, wie auch bei den Kranken durch die Darmentleerungen und den Harn. Zieht nun etwa der Abort der Kranken oder Ausscheider unter oder oberhalb im Zusammenhang mit einem Brunnen, dann kann das Brunnenwasser die Übermittlung der Keime befördern. Die Milch kann durch Zugabe keimhaltigen Wassers oder durch solches Wasser, das zum Reinigen der Gefäße benützt wurde, verunreinigt werden. Gelegentlich werden auch andere Nahrungsmittel, Obst, Butter, ungekochte Bucharten usw. die Krankheit übertragen.

Angesichts der vielen Ansteckungswege läßt sich über die Entseuchungswende der gegenwärtigen Seuche ein bestimmtes Urteil umso weniger ab-